

Tony Judt

EUROPAS NACHKRIEGSGESCHICHTE NEU DENKEN

Es ist noch nicht so lange her, daß europäische Zeitgeschichte zu schreiben eine einfache Angelegenheit war. Der Zweite Weltkrieg endete 1945, und mit ihm eine mehr als 30 Jahre währende Krise Europas. Zwischen 1913 und 1945 durchliefen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und ihre inneren Verhältnisse einen tiefen, traumatischen Wandel. Revolutionen – linke und rechte – entmachteten die herrschenden Eliten. Massive Umwälzungen und Zusammenbrüche in der kapitalistischen Wirtschaft machten der Stabilität des 19. Jahrhunderts ein Ende und erschütterten das gesellschaftliche Gefüge bis in die Grundfesten. Gewalt breitete sich in allen Bereichen des Lebens aus – Krieg und Bürgerkrieg, politische Instabilität und Repression prägten den Alltag. All dies, so erzählt die Geschichte, mündete schließlich in die furchtbare Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, symbolisiert durch die Politik und Praxis eines völkermordenden Staates im Herzen Europas.

In diesem Bild, wie wir es alle kennen, stellt 1945 *den* großen Einschnitt in unserem Jahrhundert dar. Der rasche Wechsel von der Allianz gegen Hitler zur Spaltung der Welt in zwei Blöcke institutionalisierte die militärische Teilung Europas auf eine Weise, die sie auch noch vierzig Jahre nach dem Tod Hitlers als naturgegebene Ordnung erscheinen ließ. Im östlichen Teil Europas erschien die sowjetische Hegemonie als logische Folge der Turbulenzen der ersten Jahrhunderthälfte, während in Westeuropa die großen Schritte hin zu einer wirtschaftlichen und politischen Union und die Jahrzehnte der Prosperität all jene Probleme erledigt zu haben schienen, für die vor 1939 keine Lösung in Sicht war. Kurz: Glaubt man der großen Erzählung der herrschenden Historiographie, so wurde 1945 ein schlimmes Kapitel europäischer Geschichte abgeschlossen.

Für das Funktionieren dieses bequemen Geschichtsbildes war es allerdings notwendig, die kollektive Erinnerung entsprechend einzurichten. Von 1945 bis Mitte der 60er Jahre, wenn nicht länger, verblaßten die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts – insbesondere in der Kriegszeit – gemachten Erfahrungen immer mehr. Zu vergessen, war für fast alle Betroffenen von Nutzen – zu vergessen, was man selbst oder die Eltern getan hatten, zu vergessen, was einem selbst oder ihnen angetan worden war, zu vergessen, was man gesehen hatte und was man wußte. Diese psychologisch und politisch willkommene Allianz zwischen historischem Neuanfang und kollektiver

Amnesie spiegelte sich bis in die 80er Jahre deutlich in der Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit wider. Fast durchgängig haben die Zeitgeschichtler entweder die Nachkriegsgeschichte Ost- oder die Westeuropas behandelt; Gesamtdarstellungen gibt es kaum. Darüber hinaus setzen so gut wie alle mit dem Jahr 1945 ein, als ob die Sehnsucht der Europäer nach einem Neuanfang ein rationales Prinzip für die Geschichtsschreibung abgeben könnte. Und selbst dort, wo sie den Weltkrieg als Ausgangspunkt des europäischen Wiederaufbaus nimmt, wird er dargestellt als Vorspiel, als Moment des totalen Zusammenbruchs vor der Wiedergeburt. Unerträglich, ja unvorstellbar schien der Gedanke, daß der Krieg in mancher Hinsicht vielleicht noch nicht vorüber war oder daß die Nachkriegsordnung sich als fragil und temporär erweisen könnte.

Mit 1989 haben sich die Verhältnisse in einer Weise geändert, die die bisherige Geschichtsschreibung überholt erscheinen läßt, kaum daß die Tinte getrocknet ist. Der wichtigste Grund ist natürlich der Zusammenbruch des Sowjetimperiums, mit dem ein Hauptmotiv der alten Erzählung, die Teilung des Kontinents, hinfällig geworden ist. Schon weil sich diese Teilung entlang militärischen, ökonomischen und ideologischen Bruchlinien als ein vorübergehender (wenn auch vierzig Jahre währender) Hiatus in der europäischen Geschichte erwiesen hat, muß die Nachkriegsgeschichte neu gedacht und geschrieben werden. Aber es kommen weitere Faktoren hinzu.

Zum Beispiel die »Rückkehr der Geschichte«, der verdrängten Erinnerung: Mit den Umbrüchen von 1989 und danach erhielt dieser Prozeß eine neue Dimension. Eingesetzt hatte er bereits Mitte der 60er Jahre in Deutschland, kurz darauf auch in Frankreich, in Italien und anderswo. Die jüngere Generation stellte die Frage nach dem, was im Krieg – und nach dem Krieg – wirklich geschehen war. Warum war in den 50er und 60er Jahren so vieles Schreckliche so bereitwillig vergessen worden? Das Gravitationszentrum dieses Fragens war die Schoa, die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten. Doch um diese ungeheuerliche Tat kreisten weitere Fragen. Die Frage nach der Kollaboration: Wie ist sie zu definieren, wer half den Nazis bei der Verfolgung ihrer Ziele und aus welchen Motiven? Die Frage nach dem Widerstand: Wer ist ihm zuzurechnen, und wie glaubhaft sind die heroischen Geschichten, die nach dem Kriege fast überall in Westeuropa in Umlauf gebracht wurden und als moralischer Kitt dienten, der den Nachkriegsdemokratien beim Wiederaufbau half?

Ein dritter neuralgischer Punkt ist die politische Justiz, die Vergeltung für die im Krieg und in seinem Schatten begangenen Verbrechen. Natürlich sind die damit zusammenhängenden Fragen nicht neu, aber auch sie erscheinen seit 1989 in einem anderen Licht. Kriege und Bürgerkriege enden gemeinhin

in dem Dilemma, zwischen dem Bedürfnis nach Vergeltung und Gerechtigkeit einerseits und politischer Zweckmäßigkeit und partikularen Interessen andererseits abwägen zu müssen. Nicht weniger schwierig ist die Frage, wie politische Verbrechen jeweils zu definieren sind. Gegen Simone de Beauvoirs Ausspruch »Wir haben den Krieg gewonnen, weil Geschichte und Gerechtigkeit auf unserer Seite waren« setzte Albert Camus die Bemerkung, es sei vielleicht korrekter zu sagen, daß Geschichte und Gerechtigkeit auf der Seite Frankreichs waren, weil es gewonnen hatte. Der Gedanke läßt sich weit zurückverfolgen. Dreieinhalb Jahrhunderte früher, in der Elisabethanischen Zeit, formulierte Sir John Harington ihn so: »Treason never prospers, what's the reason? / For if it prospers, none dare call it treason.« Für die Praxis, in weiser Voraussicht der Vergangenheit den Rücken zu kehren, findet sich bereits im vierten Jahrhundert v. Chr. ein Beispiel: Am Ende des Peloponnesischen Krieges, erließen die Athener ein Gesetz, das es verbot, an vergangene Mißstände zu erinnern. In den Worten des Isokrates: »Wir werden gemeinsam regieren, als ob nichts Schlechtes geschehen wäre.« Charles de Gaulle hätte es 1945 nicht besser sagen können.

Ihren unmittelbarsten Ausdruck findet Erinnerungspolitik in den eigens zur Vergangenheitsbewältigung geschaffenen Institutionen, insbesondere jenen der politischen Justiz. Westeuropäische Juristen und Historiker untersuchen bereits seit den 60er Jahren intensiv die verschiedenen Formen politischer Justiz, wie sie nach 1945 praktiziert wurden. Doch hat diese Problematik nach 1989 unerwartet neue Aktualität bekommen, weil sich in den ehemals kommunistischen Ländern analog die Frage stellte, wie mit den unter dem Stalinismus begangenen Verbrechen zu verfahren sei. Die nach 1989 aufgekommenen Debatten werfen nicht nur ein neues Licht auf die Entscheidungen und Praktiken der unmittelbaren Nachkriegszeit, sie eröffnen auch ein Problemfeld, das vorher im Osten wie im Westen aus politischen und ideologischen Gründen vernachlässigt worden war: den rechtlichen, moralischen und politischen Kontext, in dem der Kommunismus nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus an die Macht kam. Was geschah in den Jahren zwischen 1944 und 1949 wirklich in Osteuropa? Wer tat wem was an, mit wessen Hilfe? Damit sieht sich Osteuropa nun mit nicht weniger schmerzhaften und brisanten Fragen konfrontiert als Westeuropa: Was brachte das Naziregime, was brachten die Folgeregime für die betroffenen Gesellschaften in dieser Region mit sich? Wer profitierte von ihnen und wer litt unter ihnen? Ganz abgesehen von den Dilemmas für die lokale Geschichtsschreibung: War die Nachkriegsgeschichte etwas von außen, sprich im Rucksack der Roten Armee Importiertes, oder hat sie ihre eigenen Wurzeln, die weiter zurückreichen in die unruhige und unglückliche Geschichte dieser Region?

Das tschechische oder polnische Lustrations-Modell, die Gauck-Behörde in Deutschland, die Wahrheitskommission in Südafrika scheinen, auf unterschiedliche Weise, ein geeigneteres Instrumentarium anzubieten als jenes, das 1945 in ganz Europa zum Einsatz kam. Warum hat man damals nicht solche Verfahren in Betracht gezogen? Darauf gibt es viele Antworten: die politischen Motive der Sieger und die Zwecke, zu denen sie Säuberungen und Schauprozesse durchführten; die überwältigende Erfahrung von Krieg und Okkupation im Gegensatz zur Jahrzehnte umspannenden Epoche des Kommunismus; das schiere Ausmaß an Leid, das die Nazis und ihre Verbündeten ihren Opfern zugefügt haben. Doch die Verfahren in den postkommunistischen bzw. postautoritären Regimen leiden ebenfalls unter einem Dilemma: Sie legen offen, daß das, was geschehen ist, hausgemacht war; sie decken Verbrechen auf, die von Mitbürgern im Namen der eigenen Regierung verübt wurden. Damit wird aber ein neuer Keil in die Gesellschaft getrieben.

Eine weitere Frage ist, wie, im Unterschied zur Bestrafung von Individuen, mit ganzen Kapiteln der nationalen Geschichte zu verfahren ist. Die Geschichtsschreibung von Vichy-Frankreich und Nazi-Deutschland zum Beispiel oszilliert unsicher zwischen Einordnung und Ausklammerung. Mit der Einordnung eines problematischen Abschnitts oder Regimes in die nationale Geschichte stellt man sich den häßlichen Seiten der Vergangenheit, läuft allerdings gleichzeitig Gefahr, die begangenen Untaten zu historisieren und damit das Maß an individueller, menschlicher Verantwortung zu verringern. Doch mit der Alternative – eine Epoche sozusagen mit ethischen Klammern zu versehen, damit einige als Schuldige identifiziert und verurteilt werden können, ohne das Kollektiv in Mitleidenschaft zu ziehen – handelt man sich Probleme für die Zukunft ein. Spätere Generationen werden die offizielle Darstellung in Frage stellen und schließlich das herrschende Bild der Vergangenheit in toto für Schwindel halten. Diese Dilemmas prägen die öffentlichen Debatten in Frankreich, in der Bundesrepublik oder in Österreich, und sie werden sich in den kommenden Jahren wohl auch in den weiter östlich und südlich liegenden Ländern stellen.

Bereits diese skizzenhafte Aufzählung eng miteinander verwobener Fragen von Vergangenheit, Politik und Gedächtnis, wie sie das jüngste Kapitel europäischer Geschichte neu aufgeworfen hat, illustriert deutlich genug die Konsequenzen für die Geschichtsschreibung. Inzwischen schenken wir nicht nur Problemen politischer Justiz, dem kollektiven Gedächtnis, der Grauzone zwischen Widerstand und Kollaboration oder den langfristigen gesellschaftlichen und politischen Folgen des Krieges mehr Aufmerksamkeit. Wir sind auch vorsichtiger geworden im Hinblick auf die Anwendung chronologischer Ordnungen. Die schlichte und übersichtliche Einteilung der europäischen

Geschichte dieses Jahrhunderts in die Abschnitte »vor 1913«, »1913 bis 1945« und »nach 1945« hat ihre Selbstverständlichkeit verloren.

So hat die Periode 1938 bis 1948 für Mittel- und Osteuropa eine eigene geschichtliche Logik, dergestalt, daß vieles, was wir bisher der Okkupationsmacht zugeschrieben haben, schon vor dem Ausbruch des Krieges seinen Anfang genommen hatte und mit dessen Ende nicht aufhörte. Ähnlich wäre die Dekade 1946 bis 1956 in einem neuen Sinne als »Nachkriegszeit« zu verstehen, insofern sie nämlich beherrscht war von der Bewältigung all jener Probleme, die der Krieg mit sich gebracht oder verschärft hatte – wirtschaftlicher Ruin, soziale Verwerfungen, politische Abrechnungen etc. Mehr noch: Die Wende von 1989 hat enthüllt, wie viele Rechnungen – von der Vorkriegszeit bis in die Gegenwart hinein – offengeblieben sind. Ex-Jugoslawien bietet hier nur das dramatischste Beispiel. Uns ist inzwischen klargeworden, wie zerbrechlich die westeuropäische Nachkriegsordnung in Wahrheit war. Der wirtschaftliche Aufschwung und die wirtschaftliche Integration sind unbestreitbar, doch ob und wie lange der Wohlstand Vorhalten wird, ist längst keine müßige Frage mehr.

Dies alles bedeutet nicht, daß die ost- und die westeuropäische Geschichte mittlerweile konvergieren würden, geschweige denn, daß die Historiker nun daran gehen könnten, eine 1945 einsetzende gemeinsame Geschichte der beiden Hälften des Kontinents freizulegen. Denn die haben seit damals völlig verschiedene Wege eingeschlagen. Was indes bleibt, ist die Aufgabe, die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts und insbesondere die der Nachkriegszeit auf eine Weise in den Blick zu nehmen, welche die alten Wahrnehmungs- und Denkblockaden überwindet.

Als einen Beitrag hierzu versteht sich das Forschungsvorhaben »Rethinking Post-War Europe«, aus dem eine Reihe von Artikeln in diesem Heft hervorgegangen sind. Das Forschungsprojekt wurde von 1993 bis 1998 vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Zusammenarbeit mit dem Remarque Institute der New York University durchgeführt. Unter der Leitung eines Teams europäischer und amerikanischer Historiker verfolgte das Vorhaben das Ziel, neue Ansätze in der Erforschung der europäischen Nachkriegsgeschichte zu fördern. Mit Unterstützung verschiedener Institutionen und Stiftungen, insbesondere der VolkswagenStiftung, wurden – vor allem jüngere – Wissenschaftler aus Ost- und Westeuropa sowie den Vereinigten Staaten nach Wien eingeladen, um als Fellows des Instituts an Seminaren und Konferenzen teilzunehmen, auf denen sie ihre Arbeitsergebnisse miteinander diskutieren konnten.

Das Projekt »Rethinking Post-War Europe« war um drei Themen zentriert, die ich bereits oben umrissen habe. Begonnen haben wir mit der Frage

nach der Rolle von Widerstand und Kollaboration während des Krieges: Was verstehen wir heute unter diesen Begriffen, insbesondere im Lichte ihres Gebrauchs und Mißbrauchs im osteuropäischen Kontext nach 1989? Worin unterschieden sich die Erfahrungen von Widerstand und Kollaboration in den verschiedenen Ländern Europas? Wesentlich für uns war, daß wir von vornherein ganz Europa im Blick hatten, daß es uns darum ging, die Geschichten West-, Ost- und Südosteuropas in eine einzige Geschichte zu fassen; anders gesagt, daß die spezifischen Erfahrungen der einzelnen Länder – Frankreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, die Niederlande etc. – in vergleichender Absicht betrachtet wurden.

Der zweite thematische Schwerpunkt, der wie die anderen beiden in einer internationalen und interdisziplinären Konferenz mündete, behandelte Probleme der politischen Justiz. Zwei Fragen interessierten uns hier besonders: welche Formen der Vergeltung sich am Ende des Zweiten Weltkriegs in den verschiedenen Ländern herausgebildet haben (untersucht insbesondere im Lichte wiedergeöffneter Archive und anderer erstmals zugänglicher Quellen) und welchen äußeren Zwängen und Beschränkungen die politische Justiz in jener Zeit unterlag (untersucht insbesondere im Lichte der unterschiedlichen Erfahrungen und Schwierigkeiten in den neuen Demokratien Osteuropas).

Den dritten und letzten Schwerpunkt schließlich bildete die Erforschung der verschiedenen Wege, über die in Europa versucht wurde, die Erfahrung des Krieges im darauffolgenden Jahrzehnt zu »bewältigen«. Hier interessierte uns besonders die Frage, welcher Gebrauch jeweils von der Erinnerung an den Krieg gemacht und wie diese Erinnerung in die Gründungsmythen sowohl der demokratischen wie der autoritären Nachkriegsstaaten eingebaut wurde.

Ein besonders aufschlußreiches Ergebnis des Projekts ist, daß die zentralen Fragen der europäischen Kriegs- und Nachkriegszeit sich in allen Ländern mehr oder weniger gleich gestellt haben. Auf den ersten Blick scheint die Geschichte Belgiens oder Frankreichs völlig verschieden von jener Polens oder der Tschechoslowakei, und natürlich gibt es wesentliche Unterschiede. Gleichwohl zeigte sich im Laufe der Untersuchungen, daß Widerstand und Kollaboration, die Begleichung alter Rechnungen im Namen der Gerechtigkeit, die Dilemmas politischer Säuberungen, die Schaffung integrativer Mythen zur Wiederherstellung der nationalen Identität und zur Versöhnung der zersplitterten Gesellschaft, daß all dies offensichtlich keineswegs lokaler Natur ist (wie viele der am Projekt Beteiligten ursprünglich gemeint hatten), sondern universalen Charakter zu haben und einen festen Bestandteil des großen europäischen Kriegs- und Nachkriegstraumas zu bilden scheint.

Ein weiteres Phänomen, das sich durch die neueren Untersuchungen zur europäischen Zeitgeschichte hindurch zieht, ist, metaphorisch gesprochen, das Einfrieren und Wiederauftauen nationaler und politischer Identitäten. Die Vorstellung ist uns vertraut, daß Osteuropa von 1949 bis 1989 gleichsam tiefgefroren war – fixiert in einem repetitiven Diskurs über brüderliche Beziehungen, über den gemeinsamen und heldenhaften Widerstand gegen den Faschismus und über die erfolgreiche Überwindung innerer und äußerer Konflikte. Weniger geläufig ist aber das westliche Gegenstück zu diesem Bild. Denn auch die Geschichte Westeuropas von den 40er bis zu den 80er Jahren kann erzählt werden als eine Geschichte der siegreichen Überwindung der Vergangenheit: als Überwindung der deutsch-französischen Erbfeindschaft und des zerstörerischen politischen Extremismus, von Krieg und Bürgerkrieg.

Doch in der letzten Zeit schiebt sich vor dieses Bild einer glücklich gelingenden Integration Westeuropas langsam ein anderes: das eines fortschreitenden Zerfalls der etablierten Nationalstaaten. Nicht so viel anders als in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei, die nach 1989 zerbrochen sind, sehen sich Belgien und Italien, in weniger dramatischer Weise auch Spanien und Großbritannien, mit Kräften konfrontiert, die die Autorität des Nationalstaats in wachsendem Maße herausfordern. Auch hier trugen das Nachkriegsgedächtnis, das Bedürfnis nach Stabilität und eine nie gekannte Prosperität lange Zeit dazu bei, diesen Prozeß zu verdecken. Im Rückblick wird nun deutlich, daß der vor dem Ersten Weltkrieg einsetzende und mit dem Zusammenbruch der großen Imperien eskalierende Zerfall der europäischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts heute eine Fortsetzung zu erfahren scheint.

Diese Entwicklung zeigt, wie wichtig es ist, den Blickwinkel auf größere Zusammenhänge, auf längerfristige Prozesse einzustellen. Es war sicherlich eine der großen Schwächen der bisherigen europäischen Geschichtsschreibung, daß sie in ihrer Darstellung der Nachkriegsordnung allzu stark dazu neigte, die Gegenwart von der Vergangenheit zu trennen – so, als ob 1945 wirklich das Jahr Null gewesen wäre, und als ob nichts, was vorher geschehen war, für das relevant wäre, was folgen würde. Heute sehen wir, wie falsch eine solche Wahrnehmung ist, unbeschadet dessen, daß sie sicherlich bequem war und hilfreich gewesen sein mochte für den Wiederaufbau des Kontinents. Natürlich kann man unendlich debattieren über das Verhältnis zwischen Langzeitfaktoren und unmittelbareren Ursachen für den Zerfall europäischer Staaten, ähnlich wie über die Frage, ob die Ost-Westteilung Europas oder die stalinistische Unterwerfung unter den Kommunismus bereits in historischen Prozessen vorbereitet waren, die viel weiter zurückreichen.

Dennoch ist klar, daß 1945 keine tabula rasa war. Selbst die »Gedächtnislücke«, in der in den ersten Nachkriegsjahrzehnten das kollektive Wissen über die Verbrechen der Vergangenheit verschwinden sollte, hat ihre eigene, längere Geschichte. Die lokalen Konflikte, die wir allzuleicht unter die Etiketten »Widerstand« und »Kollaboration« subsumieren, reflektierten und übersetzten in Wahrheit politische, ideologische, religiöse und ethnische Zwiste, deren Wurzeln zum einen in der Politik der Zwischenkriegszeit lagen, zum andern in der Staatenbildung nach dem Ersten Weltkrieg, aber auch in den kleineren Kriegen, die dem Ersten Weltkrieg vorausgingen, oder sogar, wie etwa im Falle von Italien oder Belgien, in den unvollkommenen, halbfertigen Staatsgebilden, wie sie das frühe 19. Jahrhundert hervorgebracht hatte.

Diese europäischen Vergangenheiten sind übereinander gelagert wie tektonische Platten. Einige bewegen sich häufig und heftig, andere in längeren Abständen und mit weniger dramatischem Effekt. Aber keine von ihnen ist 1945 gänzlich zur Ruhe gekommen, keine von ihnen ist erst zu diesem Zeitpunkt entstanden. Was der französische Historiker Henry Rousso das »Vichy-Syndrom« genannt hat – die Art und Weise, wie im Frankreich der Nachkriegszeit die Erinnerung an das Regime des Marschall Petain verleugnet, verzerrt oder vereinnahmt, verdrängt, akzeptiert oder mißbraucht wurde –, läßt sich nur erklären, wenn man es in den größeren und zeitlich weiter gespannten Kontext der Geschichte der politischen und sozialen Konflikte Frankreichs stellt.

Jedes Land hat sein Vichy-Syndrom. In Polen hängt es mit den polnisch-jüdischen Beziehungen zusammen, die ohne ihre Vorgeschichte unverständlich bleiben. Ähnliches gilt mutatis mutandis für die unterirdische Geschichte Österreichs, Griechenlands, Belgiens oder Ungarns. Die Fragen sind immer die gleichen: Was geschah vor 1939, was zwischen 1939 und 1945, und wie wurde die Erinnerung an die Ereignisse dieser Zeit später angepaßt oder unterdrückt? Die Forschung hat erst seit kurzem begonnen, all diese Geschichten freizulegen und wieder miteinander zu verknüpfen. Dazu hat die Öffnung der Archive in den ehemals kommunistischen Ländern einen wesentlichen Anstoß gegeben, aber mindestens ebenso, daß die Nachkriegszeit mittlerweile auch in der Öffentlichkeit – schon länger im Westen und seit der Wende auch im Osten – reinterpretiert und diskutiert wird.

Wir sind noch weit entfernt davon, eine alternative Geschichte zu jener erzählen zu können, mit der wir aufgewachsen sind. Augenblicklich scheint mir am wichtigsten, eine neue Generation von Historikern auszubilden, die nicht mehr den alten Zwängen und Gewohnheiten folgt und die sich neuen Quellen zuwendet. Obwohl auch diese Generation sich weitgehend auf die einzelnen nationalen Geschichten konzentrieren wird, wird sie doch lernen,

dabei stets die Frage im Blick zu halten, wie es anderswo gewesen war. Wie verschieden und besonders ist die Geschichte meines Landes, der Epoche und des Themas, die ich untersuche? Diese Fragen werden uns helfen, im Laufe der Zeit nicht nur die Folgen der Teilung Europas und der Spaltung der Vergangenheit in eine Vor- und eine Nachkriegsgeschichte zu überwinden, sondern auch eine viel gefährlichere Kluft: die wechselseitige Ignoranz der nationalen Geschichtsschreibungen. Denn sie verhindert die Herausbildung eines für die Zukunft notwendigen neuen Geschichtsverständnisses und -bewußtseins, das sich unserer *gemeinsamen* europäischen Vergangenheit stellt.

Wie diese neue Geschichte aussehen wird, wissen wir noch nicht. Wir kennen noch nicht einmal ihre Chronologie. Die Themen, die die Historiker heute beschäftigen und die in den folgenden Beiträgen behandelt werden, mögen manch einem marginal erscheinen. Schließlich besteht die europäische Geschichte nicht nur aus Kollaboration, Widerstand, Massenmord, Vergeltung und der Erinnerung an all dies. Doch solange wir die mit diesen Ereignissen verbundenen Fragen nicht aufgearbeitet haben, werden wir keinen Schritt weiter kommen.

Europa tut noch immer so, als erschöpft sich seine Tagesordnung in Währungsunion, wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Integration. In Wahrheit stehen auf der europäischen Agenda wieder einmal Säuberungen, Genozid, ethnische und religiöse Verfolgung und Diskriminierung; die politische Legitimierung von Nationalismen und die damit verbundene Intoleranz gegenüber allem, was anders ist; das Scheitern internationaler Ordnungen und Interventionen; das Basteln neuer Mythen über eine unerträgliche jüngste Vergangenheit.

Natürlich sind dies Entwicklungen, die seit 1945 auf der ganzen Welt zu beobachten sind. Doch der – vom Westen und vom Osten auf je eigene Weise entwickelte – Anspruch, daß zumindest Europa das Zeitalter der Vorurteile und Schrecken ein für allemal hinter sich gelassen habe, ist vielleicht die größte von allen europäischen Nachkriegsillusionen, und sie ist immer noch mächtig. Diese Illusion mit Hilfe einer komplexeren Darstellung der Geschehnisse auf dem Kontinent während des Zweiten Weltkriegs und danach zu demontieren, ist vielleicht nicht nur ein lohnendes wissenschaftliches Vorhaben, sondern könnte auch ein nützlicher gesellschaftspolitischer Beitrag für das künftige Europa sein.

Aus dem Englischen von Klaus Nellen